Nr. 239 — 21. Jahrg. — Donnerstag, 16. Nov. 1922

Fernsprecher: Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Die Sächsische Volkszeitung erscheint zurzeit dreimal wöchentlich. Bezugspreis für November durch die Post 175 M. Anzeigenpreis: Die eingespaltene Petitzeile 15 M. für Familien- und Vereinsanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 13 M. Die Petit-Reklamezeile im redaktionellen Teil, 70 mm breit, 40 M. Für Inserate mit besonderer Plazierungsvorschrift auf obige Preise 25 Prozent Aufschlag. Offertengebühr: für Selbstabholer 5 M., bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Im Falle höherer Gewalt oder beim Ausbleiben der Papierlieferungen usw. erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung der Zeitung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz.

Einzelnummer 15 M. — Sprechstunde der Redaktion: 5—6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt. | Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Annahmestellen in Dresden: Schmidtsche Buchhandlung, Inhaber B. Beck, Schloßstraße 5, in Bautzen: Franz Kurtat, An der Petrikirche 4

Tagesschau

In Düsseldorf und Köln sind ernste Unruhen ausgebrochen. Die sozialdemokratische Volkszeitung Düsseldorf erklärt, es handele sich hierbei um das Treiben verbrecherischer, insbesondere jugendlicher Elemente.

Die französische Besatzungsbehörde in Mainz ließ die deutsche Schutzpolizei im bedrohten Streikgebiet Köln-Düsseldorf erheblich verstärken.

Das Erdbeben in Chile gehört zu den größten Katastrophen, die in dieser Art das Land heimsuchten. In Kopiapo allein werden Tausende von Toten gezählt, das zurückfluten de Wasser trieb die Leichen ins Meer.

Der Wechselkurs der Reichsbank wurde von 8 auf 10 Prozent und der Lombardzinsfuß von 9 auf 11 Prozent erhöht.

Kabinett Wirth zurückgetreten

Zur Regierungsumbildung

Berlin, 13. Nov. Die in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Parteien haben der Sozialdemokratie soeben im Reichstag durch den Reichskanzler mitteilen lassen, daß sie den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung verlangten. Sie ersuchen die Sozialdemokratie um entsprechende Entscheidung bis heute abend 8 Uhr. Der Reichskanzler hat sich dem Ersuchen angeschlossen.

Die Ablehnung der großen Koalition durch die Sozialdemokraten

Berlin, 14. November. **Die Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion endeten nach 9 Uhr abends mit folgendem mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt die Erweiterung der Regierung durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ab.**

Scheitern der Koalition — Rücktritt des Kabinetts

Berlin, 14. November. **Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat heute abend zu einer Besprechung über die politische Lage zusammen. Nach mehrstündiger Aussprache beschlossen die Sozialdemokraten mit großer Mehrheit, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung abzulehnen. Damit ist die Frage der großen Koalition vorläufig gescheitert.**

Das Kabinett trat unmittelbar nach Beendigung der sozialdemokratischen Fraktionssitzung zusammen und beschloß, dem Reichspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts zu erklären.

Welche Folgen sich aus diesem Beschluß der Sozialdemokratie ergeben werden, läßt sich im Augenblicke noch nicht klar erkennen. Möglich ist die Bildung eines bürgerlichen Minderheitskabinetts oder eines sozialistischen Mehrheitskabinetts. In beiden Fällen ist die Auflösung des Reichstages nahegerückt. Ob es dazu kommen wird, werden die Verhandlungen, die morgen im Laufe des Tages wieder aufgenommen werden, zeigen müssen.

Dr. Wirth dürfte vom Reichspräsidenten erneut mit der Bildung des Reichskabinetts betraut werden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes, Postminister Giesberts und der Minister Gröner dürften kaum in ihre Aemter zurückkehren. Strittig ist noch die Frage, ob Reichswirtschaftsminister Schmidt und sein Staatssekretär Hirsch dem neuen Kabinett angehören werden.

Gegen eine Neubildung des Kabinetts Wirth

Berlin, 15. November. Der „Berl. Lokalanz." berichtet: Die Sozialdemokraten, das kommt in den Reden der Fraktion zum Ausdruck, halten eine Neubildung des Kabinetts durch Dr. Wirth für unmöglich.

Der Reichstag und der Kabinettsrücktritt

Berlin, 15. November. Der „Vorwärts" berichtet: Der Reichstag wird voraussichtlich trotz der ausgebrochenen Regierungskrise seine Verhandlungen fortsetzen. Er wird sich allerdings zunächst mit seinen eigenen Angelegenheiten, Schaffung einer neuen Geschäftsordnung, und unter Umständen mit Initiativanträgen beschäftigen.

Der Reichskanzler über die Krise

Berlin, 15. November. Der Reichskanzler empfing am späten Abend im Reichstage Vertreter der Presse und machte ihnen Mitteilung davon, daß das Kabinett demissioniert habe, und gab dann eine eingehende Darlegung der Entwicklung der Krise. Im einzelnen führte er aus: Ich war zunächst für ein Kabinett der wirtschaftlichen Konzentrierung, bin dann aber durch die Forderung des Zentrums nach der großen Koalition, der ich mich anschloß, auf einen anderen Weg gelenkt worden. Die Sozialdemokraten haben diese große Koalition abgelehnt, und damit ist der Rücktritt der Regierung notwendig geworden. Die Tatsache und der Gedanke der großen Koalition leben weiter. Sie sind ja bereits verwirklicht durch die Zustimmung aller in Frage kommenden Parteien zur letzten Note an den Präsidenten Poincaré, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in politischer Beziehung die große Koalition bedeutet. Alle Besprechungen sind gemeinsam erfolgt. In meiner ganzen parlamentarischen Praxis habe ich eine Einigkeit wie bei der Behandlung dieser Note nicht erlebt. Die Sozialdemokraten hatten als Grund für ihre ablehnende Haltung die Rede von Stinnes im Reichswirtschaftsrate und von Lersners im Auswärtigen Ausschusse angegeben. Diese Gründe können aber nicht auf die Dauer maßgebend sein. Der Gedanke der großen Koalition wird und kann jedenfalls nicht erledigt sein. Allerdings mußte die Regierung jetzt zurücktreten. Es muß Aufgabe des neuen Kabinetts sein, diejenigen neuen Ergänzungen, die ich angestrebt habe, in die Tatsachen umzusetzen.

Die Demission angenommen

TU. Berlin, 15. November. **Reichspräsident Ebert nahm die Demission des Reichskabinetts an.**

Die Brücke abgebrochen!

** Die letzten Tage konnten bereits niemand über den Ernst der Lage im Reiche hinwegtäuschen. Schon seit einem halben Jahre war der Reichskanzler um Verbreiterung der Regierungskoalition durch Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei bemüht gewesen. Hemmende Schwierigkeiten ließen aber diesen wünschenswerten Zustand bis heute nicht erreichen, obwohl die Weiterentwicklung der Reparationsfrage, die selbstverständlich in erster Linie eine Wirtschaftsfrage ist, eine Mitarbeit der besonders in der Deutschen Volkspartei vertretenen Industriekreise notwendig erscheinen ließ. Durch die katastrophale Entwicklung der deutschen Währung und die dadurch herbeigeführte innerpolitische Gereiztheit unseres Wirtschaftslebens ist die deutsche Außenpolitik, die sich heute mit der Reparationspolitik identifiziert, in ein neues Stadium getreten. Es kam notwendigerweise zur Einstellung der Reparationszahlungen, nachdem der Kanzler den Grundsatz geprägt hatte: Erst Brot für unser Volk, dann Reparationen! Und in letzter Zeit hat man, wie aus den beiden Gutachten an die Reparationskommission hervorgeht, auch Einstellung der Sachlieferungen gefordert, da diese letzten Endes genau dieselben währungspolitischen Folgen nach sich ziehen müssen, wie Barzahlungen. Diese Politik des Reichskanzlers Dr. Wirth hat manche Anfeindungen erfahren müssen, nachdem er im Mai 1921 die schwierige Aufgabe unternommen hatte, das Staatsschiff des Deutschen Reiches durch die brandenden Wogen unserer Zeit hindurchzusteuern. Mochte man auch von rechts und von links diesen Kurs als falsch verschreien, es hat niemand eine andere Durchfahrt durch die zahlreichen Klippen aufzuzeigen vermocht, und jede andere politische Richtung hätte uns sowohl außenpolitisch wie innerpolitisch an den tückischen Klippen scheitern und die Reichseinheit zerbrechen lassen. Das eine läßt sich unumwunden behaupten, daß es in einem freien und starken Deutschland eine größere Freude gewesen sein mag, zu regieren, da man eine starke Heeresmacht als Grundlage der Politik hatte, eine Wirtschaft, gesund und kräftig, die den Weltmarkt weithin beherrschte, demzufolge eine gesunde Finanzwirtschaft im Staatshaushalt und eine kernige deutsche Verwaltung. Und man streiche dies alles hinweg und noch viel mehr, was den früheren Staatsmännern zugute kam, und auch dann kann man noch nicht die ungeheuren Schwierigkeiten ermessen, mit denen unsere jetzige Regierung zu kämpfen hatte. Es sei nur erinnert an die Auseinandersetzung mit der sozialistischen Weltanschauung, die seit 1918 greifbare Gestalt angenommen und die innerpolitischen Sorgen unsäglich vermehrt hat.

Trotz alledem hat es der Reichskanzler Dr. Wirth verstanden, mit seltener Tatkraft und mit einem inneren Mut, der freilich nicht in Säbel und Sporen zutage trat, die deutsche Politik an tausend Klippen vorbeizusteuern, stets das eine, wohl von jedem deutschen Mann ersehnte Ziel vor Augen, und trotz aller Schwierigkeiten diesem Endziel entgegen: **Der Befreiung unseres deutschen Vaterlandes aus den Ketten des Versailler Vertrages!** Es war ein dornenvoller Weg, gekennzeichnet durch die wahnsinnigen Meuchelmorde an zwei bedeutenden Männern der deutschen Politik, Erzberger und Walther Rathenau, unter den Hammerschlägen der französischen Politik, die mit Ultimaten und Noten der verzerrtesten Art auf den Ambos Deutschland loshieb. An der Zersplitterung der Lage in den letzten Tagen ist dieses Kabinett gescheitert. Zentrum und Demokraten hatten am Montag als Bedingung ihres Weiterverbleibens in der Reichsregierung den Eintritt der Deutschen Volkspartei gefordert. Die Vereinigte Sozialdemokratie hingegen hat dennoch ebenso offiziell das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt, und zwar aus Gründen, die sich wohl im wesentlichen um die Frage der Markstabilisierung gruppieren. Die Sozialdemokratie verlangt nämlich Hergabe des letzten Goldbestandes der deutschen Reichsbank zu Stützungszwecken der deutschen Mark — der Reichsbankpräsident Havenstein hat sich bekanntlich mit einer Beteiligung von 500 Millionen Goldmark bereit erklärt, falls auch das Ausland die gleiche Summe für diesen Zweck kreditieren werde. In anderen, besonders wirtschaftlichen Kreisen ist man allerdings mit diesem Plane in keiner Weise einverstanden, weil man dadurch die deutsche Währung auch noch ihres letzten Haltes berauben würde. Das Verhalten der Sozialdemokratie ist vor allen Dingen gegen eine Rede des Abgeordneten Stinnes gerichtet, die dieser im Reichswirtschaftsrat gehalten hat, und worin er alle währungspolitischen Maßnahmen für unnütz erklärt, wenn nicht die Produktion unserer Wirtschaft gesteigert würde. Die sozialistische Presse hat diese Rede sofort unter dem Motto: „Gegen den Achtstundentag!" oder „Stinnes für eine zehnstündige Arbeitsfron!" registriert, und darauf ist letzten Endes auch ihre Unnahbarkeit gegenüber der Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung zurückzuführen, die im Laufe des Dienstags den Rücktritt des Kabinetts Wirth zur Folge hatte.

Die Situation, der wir nun gegenübergestellt sind, ist keineswegs eine leichte. Die Brücke zur Verständigung ist zunächst einmal unter den Parteien abgebrochen, und die Bildung der lange erhofften großen Koalition ist in ihrem entscheidenden Stadium gescheitert. Wir stehen innerpolitisch vor den größten Schwierigkeiten, aus denen man bislang noch keinen Ausweg zu sehen vermag. Es ist mehr als zweifelhaft, ob man bei der Neubildung des Kabinetts — die aller Voraussicht nach zunächst dem bisherigen Kanzler Dr. Wirth zufallen wird — der großen Koalition auch nur einen Schritt näher kommen wird. Man muß überhaupt mit der Möglichkeit rechnen, daß die Regierungsbildung in dem gegenwärtigen Stadium scheitern kann, und es wäre letzten Endes sogar mit einer Reichstagsneuwahl zu rechnen. Auch mit dem Auslande ist vorläufig die Brücke der Verständigung abgebrochen. Möchte man am Seine- oder Themsestrand nur von dieser Entwicklung der Dinge das eine lernen, daß man nämlich mit den bisherigen Methoden der Behandlung Deutschlands in der Außenpolitik mit dazu beigetragen hat, der deutschen Regierung das Leben unmöglich zu machen. Auch die neue Regierung, wie sie auch immer aussehen mag, wird sich in gleicher Weise wie die bisherige dem einen Hauptproblem unserer Außenpolitik gegenübersehen, dem Reparationsproblem, mit dem Deutschlands Schicksal unlösbar verknüpft ist.

Deutsches Reich

Die deutschen Vorschläge zur Stabilisierung der Mark

TU Berlin, 15. Nov. Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission eine Note gerichtet, in der sie einen Plan für die Festigung des Markkurses unterbreitet. Die Note macht darauf aufmerksam, daß eine endgültige Stabilisierung der Mark erst eintreten könne, nach endgültiger Lösung der Reparationsfrage. Das Ausland müsse einen gesicherten Kredit von mindestens 500 Millionen Goldmark zur Verfügung stellen, **nachdem die deutsche Reichsbank sich bereit erklärt habe, sich mit einem gleichen Betrage an der Aktion zu beteiligen.** Die Haftung für die ausländischen Bankkredite übernehme das Reich. Werde durch die Stützungsaktion der Markkurs so weit gebessert, daß das innere Vertrauen wieder hergestellt sei, so werde die Reichsregierung eine innere Goldanleihe auflegen und weiterhin auch äußere Anleihen zu erhalten suchen. Die deutsche Regierung werde außerdem durch innere Reformen seine Ausgaben namentlich auf dem Verwaltungsgebiete einschränken und ferner alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um zu einer Steigerung der Produktion zu gelangen. Insbesondere werde eine Neuregelung des Arbeitszeitrechtes unter Festhaltung des Achtstundentages als normaler Arbeitstag und unter Zulassung gesetzlich beschränkter Maßnahmen auf dem tariflichen oder behördlichen Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet werden. Der Alkoholverbrauch soll beschränkt, der Luxusverbrauch gehemmt werden. **Zwecks Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion soll die Zwangswirtschaft für das Brotgetreide abgebaut werden.** Die deutsche Regierung beantrage daher bei der R.-K. die endgültige Festsetzung der Verpflichtungen Deutschlands, Befreiung von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Friedensvertrage für die Dauer von drei bis vier Jahren und unverzügliche Einberufung einer Konferenz von internationalen Finanzleuten zwecks Beratung über einen internationalen Goldkredit für Deutschland.

Trennung von Staat und Kirche in Sachsen

München, 14. Nov. Der sächsische Ministerpräsident Buck, der gestern in München in einer Versammlung des republikanischen Reichsbundes sprach, teilte dabei mit, daß Sachsen demnächst auf Grund des Artikels 12 der Reichsverfassung mit der Trennung von Kirche und Staat selbständig vorgehen werde und mit der Errichtung der Staatsschule vorbildlich in Deutschland wirken werde.

Pressetag in der Diözese Breslau

Ein Werbetag für die Notlage der katholischen Presse fand am Sonntag in der Diözese Breslau statt. An diesem Sonntag wurde von allen Kanzeln der Diözese Breslau ein Hirtenbrief verlesen, in dem darauf hingewiesen wurde, daß diesen trostlosen Zuständen der Presse gegenüber rasche, opferfreudige und zielbewußte Hilfe dringend not tue. Die auf der diesjährigen Fuldaer Bischofskonferenz versammelten Oberhirten hatten sich bereits mit einer Hilfsaktion für die katholische Presse beschäftigt und Werbetage in Aussicht gestellt.